

Fred Schmid

Kriegstreiber NATO

Fast zwei Billionen Dollar (1.981 Mrd.) gab die Welt 2020 für den Waffen-Wahnsinn aus: Gelder, die für Klimaschutz, Pandemiebekämpfung und im Kampf gegen den weltweiten Hunger fehlen. 56 Prozent davon – 1.102 Mrd. Dollar – entfallen auf die NATO-Staaten mit gerade mal 12 (zwölf) Prozent der Weltbevölkerung. Diese maßen sich an, als Weltsheriffs den restlichen Völkern ihren Willen aufzuzwingen. Russland, die vorgebliche "Bedrohung" aus dem Osten, hat für Rüstung und Militär nur 61,7 Mrd. Dollar übrig – ein Achtzehntel des NATO-Budgets. David gegen Goliath!

Allein die europäischen NATO-Mächte bringen es auf einen aggregierten Rüstungsetat von 301 Mrd. Dollar (15 %) der Welt. Das ist das Fünffache des russischen Militär-Budgets. Dazu kommt noch das Kriegspotenzial von zehntausenden in Europa stationierten und in Manövern rollierenden US-Truppen. So sieht die Realität der "russischen Gefahr" aus.

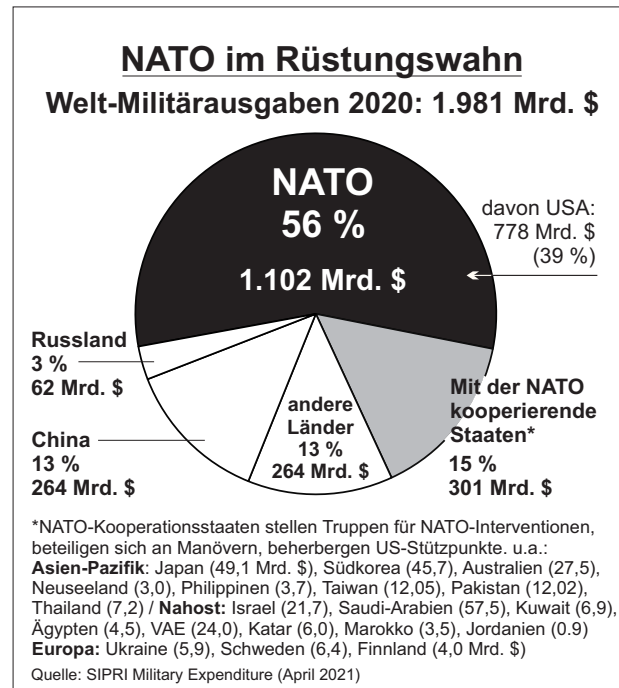
Nach der Methode "Haltet den Dieb!", versuchen die NATO und ihre Führungsnationen von ihren Aggressionen und Angriffskriegen abzulenken: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen.... Drohnenkriege. Völkerrechtsverletzungen noch und noch.

Deutschland: Rüstung über alles

Die Ampel-Koalitionäre hatten ihre Sondierungsgespräche noch nicht richtig begonnen, da waren sie sich in Rüstungsfragen bereits einig:

- Der Rüstungsetat wird weiter erhöht;
- Die NATO-Vorgabe zwei Prozent Rüstungsanteil am BIP bleibt als Nahziel für die BRD: 2021 hätte das 71 Mrd. Euro ausgemacht. Drei Prozent werden angepeilt;
- Die sündteuren Waffenprojekte – FCAS und MBT (s.u.) – werden weiterentwickelt;
- Bei den Waffen-Beschaffungsprogrammen aus der Ära Kramp-Karrenbauer für Heer, Luftwaffe und Marine gibt es keine Abstriche;
- Die Bundeswehr erhält bewaffnete Drohnen;
- die Luftwaffe erhält neue Atombomber für die "atomare Teilhabe", die fortgeführt wird;
- Die Auslandseinsätze werden trotz Afghanistan-Debakel fortgesetzt: Deutschland wird jetzt offenbar in der malischen Wüste und demnächst im Südchinesischen Meer "verteidigt".

Kein Wunder, dass der Rüstungsetat stetig stieg und weiter steigt und sich gegenüber dem Jahr 2000 verdoppelt hat. 2022 durchbricht er die Schallmauer von 50 Milliarden Euro. Trotz Corona-Pandemie und unzureichender Zahl und Ausstattung an Intensivstationen in den Krankenhäusern, wurden die Militärausgaben erhöht: 2022 +7 % (+3,4 Mrd. Euro) (Planungsansatz). Zu beachten ist



auch, dass die Militärausgaben, berechnet "nach sogenannten NATO-Kriterien", die Berlin nach Brüssel meldet, jeweils um etwa sechs Milliarden höher liegen als der offizielle Verteidigungs-Etat (EPL 14).

Der Verteidigungsetat ist inzwischen der zweitgrößte Etatposten im Bundeshaushalt. Mit 46,9 Milliarden Euro (2022: 50,3 Mrd.) ist er höher als der Etat für Bildung, Familie/Kinder/Frauen und Entwicklungshilfe zusammen.

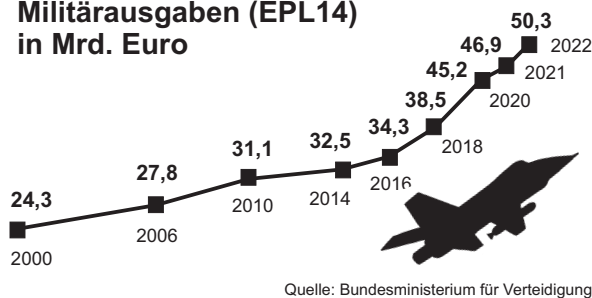
Nach der letzten Veröffentlichung von SIPRI (Military Expenditure April 2021) weist Deutschland unter den großen Militärmächten prozentual den höchsten Anstieg der Militärausgaben aus. Es erhöhte seine Ausgaben für Militär und Waffen 2020 um 5,2 % – doppelt so hoch wie der Welt-Durchschnitt von 2,6 % – überholte 2020 Frankreich und ist jetzt die Nummer 3 unter den NATO-Militärmächten und auf Platz 7 im Welt-Rüstungs-Ranking.

Soviel Rüstungswahn vernebelt den Blick für die Realität. So weigern sich die NATO-Politiker zur Kenntnis zu nehmen, dass z.B. der russische Verteidigungsetat seit Jahren stagniert bzw. reduziert wurde, wie SIPRI registrierte. Ob aus wirtschaftlichen Nöten, wegen der "Folgen der Pandemie" (SIPRI) oder aus welchen Gründen auch immer. Tatsache ist: Er ist inzwischen kaum größer als der Großbritanniens: 62,7 Mrd. Dollar zu 59,2 Mrd. Dollar (UK). Doch statt Abrüstungsvorschläge zu machen, baut die NATO neue Feindbilder auf und schürt Bedrohungspsychosen.



Deutschland: Rüstung über alles

Militärausgaben (EPL14) in Mrd. Euro



AUSGESTORBEN!

**ZU VIEL
PANZER
ZU WENIG
HIRN**



Abrüsten statt Aufrüsten!

"Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff."

Das war das Credo der abgehalfterten Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer. Mitten in der Covid-Pandemie hat sie dem Militär einen Waffen-Booster verpasst. Die GroKo hatte vereinbart, dass der Pandemie kein einziges Rüstungsprojekt zum Opfer fallen soll. Sechs Monate Verzicht auf Eurofighter-Zulauf hätten ausgereicht, um alle Klassenzimmer in Deutschland mit hochwirksamen Luftfiltern auszurüsten.

Stattdessen setzte Kramp-Karrenbauer noch einen Milliardenbrocken bei den Waffen drauf: Kurz vor ihrem Abgang drückte sie noch 27 größere Rüstungsprojekte durchs Parlament: Kosten 4 Milliarden Euro. Und die laufende Hochrüstung ging weiter, zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Hier nur einige Großprojekte (siehe Lühr Henken, Ambitionierte deutsche Großprojekte für Aufrüstung, in Friedens-Journal 5/2020).

Heer: Neue Panzersysteme. Beschaffung von 350 Schützenpanzern "Puma" für 6 Mrd. Euro. Der neue Super-Kampfpanzer (Main Battle Tank: Leopard 3) wird weiterentwickelt und bis 2035 einsatzfähig sein. Kosten 100 Milliarden Euro (Handelsblatt, 20.10.2020).

Marine: Die Superrüstung der Marine hängt zusammen mit der angepeilten globalen Reichweite bis zum Pazifik. Für mehrere Milliarden werden U-Boote, Korvetten und Fregatten beschafft. Das bis dato kostspieligste Marine-Projekt sind die vier Mehrzweckkampfschiffe MKS für 6 Mrd. Euro.

Luftwaffe: Es werden weitere 38 neue Eurofighter bei Airbus Defence beschafft: Kosten. 5,4 Mrd. Euro (Stückpreis 142 Mio. Euro).

Unabhängig davon sollen neue Atombomber – Boeing F/A 18) – als Nachfolger für den Tornado beschafft werden (siehe "Atomare Teilhabe").

Alles wird in den Schatten gestellt durch die deutsch-französisch-spanische Entwicklung und Produktion einer neuen Generation von Kampfflugzeugen bis 2040: Future

Combat Aircraft System (FCAS). Allein die Entwicklungskosten sind atemberaubend: 100 Milliarden Euro. Das ganze "Wunderwaffen"-System operiert im Verbund mit Künstlicher Intelligenz, Drohenschwärmen, Satelliten und Bodenstationen. Es soll einen Umsatz von 500 Mrd. Euro für die beteiligten Flugzeugfirmen garantieren.

Um diese Waffen-Wahnsinnsprojekte zu stemmen, sollen nach dem Willen Frankreichs und Deutschlands die anderen EU-Länder auf Linie gebracht werden, um ihre nationalen Rüstungskapazitäten in diese Projekte einzubringen. Zu diesem Zweck wollen von der Leyen und der französische Präsident Macron im ersten Halbjahr 2022 ein Gipfeltreffen zur "europäischen Verteidigung" veranstalten. Ein zweiter Vorschlag der EU-Ratspräsidentin zielt darauf ab, die finanziellen Ressourcen der Rüstungsfirmen aufzupäppeln: Waffen, die in Europa produziert werden, sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden (FAZ, 16.9.2021). Eine Art Notopfer für die Rüstungsindustrie.

Waffen: Kostenexplosion

Das Streben nach der ultimativen Superwaffe treibt die Kosten von einer Waffengeneration zur nächsten exponentiell in die Höhe:

Beispiel Kriegsflugzeuge der Luftwaffe:

- Starfighter F104 G: Indienstellung ab 1961. Kosten 6 Mio. DM pro Stück
- Tornado: 1981 Auslieferung; 50 Mio. DM pro Jet
- Eurofighter: 2006; 109 Mio. Euro
- Eurofighter (4. Tranche): 142 Mio. Euro
- Boeing F 18 Super-Hornet (A-Waffenträger für LW): 178 Mio. Euro
- FCAS: Gesamtsystem (2040): 50 Mrd. Euro

NATO-Kriegskurs gegen Russland

"Not an inch eastward"! "Die NATO wird ihren Einflussbereich nicht einen Inch nach Osten ausdehnen", versicherte der US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 im Gespräch mit Michail Gorbatschow, wenn die Sowjetunion die Wiedervereinigung zulässt. Und der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits am 2. Februar 1990: "Eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion, werde es nicht geben".

Inzwischen ist die NATO hunderte von Meilen Richtung Moskau vorgerückt. Das Kriegsbündnis steht heute 160 km vor Petersburg. Die Baker-/Genscher-Versprechen entlarvten sich bald als Falschspielertricks. Bereits 1999, zeitgleich mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, wurden Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO aufgenommen. In mehreren Schüben folgten weitere Staaten, insgesamt 14 seit der Wende; 2020 trat Nordmazedonien als 30ster Staat dem Pakt bei.

Die Kriegsallianz steht heute auf dem Territorium der drei ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken, auf acht ehemaligen Staaten des Warschauer Vertrags und fünf Republiken des ehemals blockfreien Jugoslawiens. Wladimir Putin bezeichnete bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 diesen Vormarsch als eine Gefährdung der russischen Sicherheitslage und als eine "ernste Provokation". In arroganter Missachtung der russischen Besorgnis, dehnte sich die NATO dennoch weiter nach Osten aus. Beim NATO-Gipfel 2008 vereinbarten die Mitgliedsstaaten in der Abschlusserklärung den Beitritt der ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Georgien.

Ebenfalls im Widerspruch zu den Vereinbarungen mit der damaligen Sowjetunion und der späteren NATO-Russland-Grundakte (1997) ist die NATO zu einer dauerhaften Präsenz von Kampftruppen in den ehemaligen Ostblockstaaten übergegangen: Panzerbrigaden werden rollierend in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert. In Litauen unter Führung der Bundeswehr, die dort eine eigene Kaserne errichten will – auf ehemals sowjetischen Territorium! Außerdem wurde die schnelle NATO-Eingreiftruppe ("Response Force") auf 40.000 Mann aufgestockt und eine "Speerspitze" mit 7.000, hauptsächlich Bundeswehr, superschnell mobilisierbaren Kampfeinheiten installiert. In Osteuropa führt das Militärbündnis jährlich

provokante Großmanöver – wie "Defender Europe" –, so nah wie möglich an der russischen Grenze, durch, an denen neben europäischen NATO-Soldaten bis zu 40.000 US-Soldaten, größtenteils eingeflogen aus den USA, teilnehmen.

Partnerschaftsvertrag NATO-Ukraine

Die Ukraine spielt in der Geostrategie der NATO eine herausgehobene Rolle. Mit ihr als Mitglied wäre die Einkreisung Russlands durch den Westen fast perfekt, das Riesenreich in die Zange genommen, der "weiche Unterleib Russlands" (Putin) direkt bedroht. Seit der NATO-Ukraine-Charta von 1997 kooperiert die NATO militärisch direkt mit der Ukraine. Das Land nimmt an militärischen Operationen und Manövern teil; mit den USA veranstaltete es zusätzlich das Marinemanöver "Sea Breeze" im Schwarzen Meer. Die USA liefern für Milliarden Dollar Waffen in die Ukraine. Die USA und die NATO bilden ukrainische Soldaten für den Kampf gegen die Donbass-Republiken aus. Es stört sie dabei nicht, dass Bandera- und Maidan-Neofaschisten erheblichen Einfluss in der ukrainischen Armee und der Nationalgarde haben. Es gibt 80 paramilitärische Freiwilligenbataillone von Faschisten und rechtsradikalen Nationalisten in der Ukraine, die teilweise von Oligarchen (z.B. Kolomojskyi) gesponsert werden. Mit dem NATO-Mitglied Türkei pflegt die Ukraine eine intensive Rüstungskoooperation: Türkische Kampfdrohnen werden z.B. gegen ukrainische Panzer- und Flugzeugmotoren geliefert.

In jüngster Zeit sind die Spannungen zwischen der NATO und Russland noch einmal dramatisch eskaliert. Beide Staaten beschuldigen sich grenznaher Truppenaufmärsche mit jeweils zehntausenden Soldat*innen. Der ukrainische Präsident Selensky faselt, dass man sich bis Weihnachten die Krim und die Donbass-Republiken zurückholen werde ("Selfies der Soldaten aus Sewastopol"). Die NATO-Oberen stehen den Bestrebungen wohlwollend gegenüber.

Russland sieht sich dagegen durch den NATO-Aufmarsch in seiner Sicherheit bedroht – verständlich aufgrund geschichtlicher Erfahrungen. Wenn man bedenkt, dass das Land binnen eines Jahrhunderts dreimal vom Westen

US-Militärstützpunkte

und Länder mit
US-Militärpräsenz

**"Russia wants war.
Look, how close they put
their country to our
military bases."**

**"Russland will Krieg.
Schau, wie nah sie ihr Land
an unsere Militärbasen
herangerückt haben."**



angegriffen wurde und sich im Kalten Krieg gegen die Rollback-Strategie des Westens zur Wehr setzen musste.

Die russische Regierung hat eine "rote Linie" gezogen: Die Ukraine darf niemals in die NATO aufgenommen werden, und verlangt dazu eine vertragliche Vereinbarung mit den USA und der NATO, um eine militärische Konfrontation zu vermeiden. Es dürfe keine weitere NATO-Osterweiterung geben. Weitere gegenseitige Sicherheitsgarantien sollen vereinbart werden.

Die NATO verfolgt in dem aktuellen Konflikt offenbar eine doppelbödeige Strategie. Während die deutsche Bundesregierung von "diplomatischer Lösung" fabuliert, laden andere NATO-Staaten, allen voran die USA, Großbritannien und auch die baltischen Staaten mit Waffenlieferungen das ukrainische Pulverfass hochbrisant weiter auf; wieder andere NATO-Mitglieder schicken Kampfflieger und Kriegsschiffe in das Krisengebiet. Das alles trägt nicht zur De-Eskalation bei, sondern erhöht die Spannungen in der Region und die Gefahr eines großen Krieges.

"Europa muss wieder die Sprache der Macht lernen"

Das Machtgehabe der NATO wird sekundiert von einer zunehmend militarisierten EU. Die ehemalige deutsche Kriegsministerin und jetzige EU-Ratspräsidentin von der Leyen: "Europa muss wieder die Sprache der Macht lernen!"

"Sprache der Macht", das war im Kalten Krieg die "Politik der Stärke". Sie führte Europa an den Rand des Atomkriegs. Erst die Politik der Entspannung, die Sicherheitsarchitektur der KSZE schufen ein Klima des Vertrauens und machten den Frieden sicherer. Die SPD ist heute meilenweit entfernt von den entsprechenden Initiativen Willy Brandts und Olof Palmes. Und die Grünen, einst Teil der Friedensbewegung, sind heute bellizistisch wie die Kalten Krieger der CDU/CSU.

Killerdrohnen in deutscher Hand

Die SPD ist mal wieder umgefallen. Leistete sie in der GroKo noch zaghaften Widerstand gegen die Drohnen-Bewaffnung, so ist sie jetzt im Ampel-Koalitionsvertrag voll auf die Beschaffung von Kampfdrohnen eingeschwenkt: Zum "Schutze der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz" und "unter verbindlichen und transparenten Auflagen", wie dort verlautet. Im Ernst- und Einsatzfall sind diese Auflagen so viel wert, wie ähnliche der USA für ihre Killerdrohnen: Nichts! Der "Schutz unserer Jungs" ist die Schutzbehauptung für die Beschaffung neuer Angriffswaffen. Der beste Schutz für "unsere Jungs" und Soldatinnen wäre, wenn man sie erst gar nicht in mörderische Auslandseinsätze wie Afghanistan oder Mali schickte. Deutschland muss nicht am Hindukusch und auch nicht in der Wüste Malis verteidigt werden, so wenig wie damals in den Steppen Russlands.

Es fällt auf, dass die Fürsorglichkeits-Trommel im Bundestag am lautesten und penetrantesten von Männern und Frauen im Verteidigungsausschuss gerührt wird, die für ihre Affinität zu militär- und rüstungsrelevanten Lobby-Institutionen, bekannt sind (s.u.)

Die Rüstungsindustrie drängt denn auch seit Jahren auf die Drohnenbewaffnung. Airbus Defence, die französische Dassault und die italienische Rüstungsfirma Leonardo entwickeln zusammen die Eurodrohne, die sich bewaffnen lässt. Als Brückenlösung wird von Israel für 600 Mio. Euro die Heron TP beschafft bzw. geleast, die sich mit Luft-Boden-Raketen bestücken lässt. Und: "Deutsche Rüstungsindustrie an türkischem Drohnen-Programm beteiligt", meldet die Wirtschaftswoche (24.8.2020).

Der Generalität wiederum geht es bei Drohnen um das "Schneller schießen" (FAZ, 12.5.2020) und um die Möglichkeit zu Blitz- und Überraschungsangriffen. Die ausgewiesene Rüstungslobbyistin Gisela Manderla (CDU), redete 2014 im Verteidigungsausschuss denn auch weniger von den "Jungs", denn vom neuen Einsatzspektrum: "Es geht bei der Anschaffung dieser Waffensysteme darum, unseren Streitkräften einen zusätzlichen, wirkungsvollen, sehr mobilen und schnell einsetzbaren Baustein zur Erweiterung ihres Fähigkeitsspektrums an die Hand zu

geben". Drohnenschwärme sind zudem als Begleitsysteme für das neue Kampfflugzeugsystem – FCAS – vorgesehen.

Drohnen taugen nicht für den Schutz, wohl aber für Angriff und Überfall, wie der Krieg in Bergkarabach zeigte. Sie sind ein Instrument des Präventivschlages und ein Schritt zur ferngesteuerten und automatisierten Kriegsführung. Die USA verwenden sie hauptsächlich zur globalen Lynch-Justiz, mit den bekannten Kollateralschäden bei der Zivilbevölkerung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich wusste es vor Jahren besser als seine Partei heute: Er halte Drohnen für gefährlich, weil "wir leider von einer Vorselektion des Systems ausgehen müssen". Sie seien der Einstieg zur autonomen Kriegsführung.

Tausende zivile Opfer durch US-Drohnenangriffe

Am 19.12.2021 meldete die ARD: Bei Drohnenangriffen im Nahen Osten nehmen US-Streitkräfte offenbar verheerende Folgen für Zivilisten fahrlässig in Kauf. Das berichtete die "New York Times". Abschüsse seien oft "überreilt" und "ungenau". Die Zeitung wertete mehr als 1.300 vertrauliche Regierungsdokumente aus. "Der amerikanische Luftkrieg war geprägt von mangelhafter Aufklärung, übereilten und ungenauen Raketenabschüssen und dem Tod Tausender Zivilisten, darunter viele Kinder".

Innerhalb von fünf Jahren flog die US-Army mehr als 50.000 Luftangriffe in den Ländern Afghanistan, Irak und Syrien. Sie hat zugegeben, dass sie dabei in Syrien und Irak 1.417 und in Afghanistan 188 Zivilisten getötet hat. Die Recherchen der NYT zeigten jedoch, dass diese Zahlen "deutlich untertrieben" seien. Ein Sprecher des US-Central-Command sagte der Zeitung, dass "selbst bei der besten Technologie der Welt Fehler passieren, sei es durch falsche Informationen oder durch eine Fehlinterpretation der verfügbaren Informationen".

Die deutsche Bundesregierung macht sich mitschuldig an dem Massaker unter der Zivilbevölkerung: Der Einsatzbefehl für die Drohnenangriffe in Nahost geht über die US-Relaisstation im pfälzischen Ramstein, der größten

und wichtigsten US-Militärbasis außerhalb der Vereinigten Staaten. Hier befindet sich auch die SATCOM-Relaisstation, die für die illegalen, weltweiten Drohnenkriege der USA von zentraler Bedeutung ist. Die SATCOM-Relaisstation sorgt für den Datenaustausch zwischen den Drohnenpiloten in den USA (Creech/Nevada) und den Kampfdrohnen im Einsatzgebiet. Die ferngesteuerten Drohnen senden ihre Daten via Satellit zur Bodenstation auf dem Stützpunkt Ramstein, wo die Signale empfangen und per Glasfaserkabel in Echtzeit in die USA weitergeleitet werden. Die Befehle, die Zieldaten (Targets) werden

dann von den Drohnenpiloten via Ramstein zurück an die Kampfdrohnen in den Zielgebieten übermittelt.

"Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg der US-Militärs nicht möglich. Es ist egal, wo die Drohnen im Einsatz sind: immer fließen ihre Daten über Ramstein", sagte der ehemalige Drohnenpilot Brandon Bryant im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (4.4.2014).

Deutschland duldet, dass von seinem Staatsgebiet aus die fremde NATO-Macht USA Menschen eines dritten Landes tötet.

Bombengeschäfte der Waffenschmieden trotz Corona

Obwohl die Weltwirtschaft während des ersten Jahres der Pandemie geschrumpft ist, konnten Rüstungskonzerne ihre Waffenumsätze 2020 dennoch erhöhen – das sechste Jahr in Folge. "Die Industriegiganten wurden durch eine anhaltende Staatsnachfrage nach militärischen Gütern und Dienstleistungen von Verlusten abgeschirmt", erklärte dazu Alexandra Marksteiner von SIPRI. Dagmar Pruin, Präsidentin des evangelischen Hilfswerks "Brot für die Welt": "Es ist bitter, dass internationale Waffengeschäfte florieren, während Kriege und Konflikte Millionen Menschen in die Flucht treiben".

2020 setzten die 100 größten Waffenfabriken der Welt mit Waffen und militärischen Dienstleistungen 531 Mrd. Dollar (470 Milliarden Euro) um, ein Plus von 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie SIPRI im Dezember 2021 berichtete (SIPRI-Factsheet).

USA: Unter den Top 100 sind die USA mit 41 Waffenfabrikanten vertreten; auf sie entfielen 54 % der gesamten Rüstungsumsätze der Top-100-Rangliste. Platz 1 bis 5 im globalen Rüstungs-Ranking nehmen die fünf größten US-Waffenschmieden ein: Lockheed, Raytheon, Boeing, Northrop und General Dynamics. Zusammen entfallen auf sie 173,3 Mrd. Dollar an Waffenverkäufen; ein Drittel (32,6 %) der gesamten der Top 100.

In **Europa** sind 26 der hundert Größten mit 21 Prozent der Waffenverkäufe beheimatet.

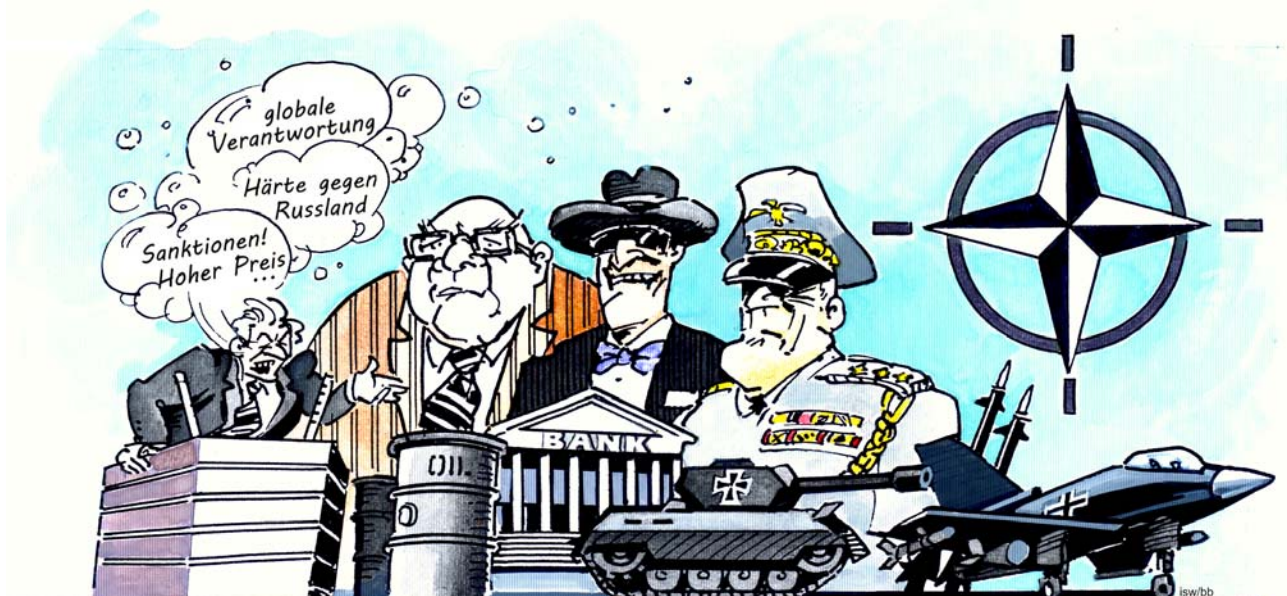
NATO: Von den 100 größten Rüstungskonzernen haben 65 ihren Sitz in einem NATO-Land; sie bringen es auf fast Dreiviertel (74,4 %) der Waffenproduktion und -verkäufe. Die vom Westen als sogenannte Rivalen eingestuften Länder Russland und China sind demgegenüber weit abgeschlagen.

Die **G7-Gruppe** – die sieben "führenden" westlichen Industrieländer: USA, Japan, Deutschland, UK, Frankreich, Italien, Kanada – die sich als die Führungsmächte der Welt aufspielen, vereinigen 72,5 % der Waffenproduktion der Top 100 Rüstungskonzerne auf sich; bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von knapp 10 %.

Chinesische Firmen sind fünfmal unter den Top 100 vertreten, mit einem Umsatzanteil von 13 Prozent (66,8 Mrd. Dollar – 1,5 % mehr als im Vorjahr).

Russland: Die neun in der Rangliste vertretenen russischen Firmen verzeichnen das dritte Jahr in Folge einen Umsatzrückgang. Ihre addierten Waffenumsätze fielen von 31,5 Mrd. Dollar im Jahr 2017 auf 26,4 Mrd. Dollar in 2020, ein Rückgang um 6,5 %. Der Anteil an den Top 100 betrug 2020 5,0 Prozent. Die USA produzieren fast 11 Mal soviel an Waffen, die gesamte NATO fünfzehn Mal soviel.

Konversion per Dekret: Der Rückgang in Russland fiel laut SIPRI mit pandemiebedingten Lieferverzögerungen und dem Ende des staatlichen Rüstungsprogramms zusammen. SIPRI weist auf einen weiteren wesentlichen Grund



hin, den die deutschen Leitmedien in ihrer Russland-Phobie unter den Tisch fallen lassen: "Eine weitere nennenswerte Entwicklung in der russischen Rüstungsindustrie ist die Diversifizierung von Produktportfolien. Russische Firmen implementieren zurzeit eine vom Staat angegebene Richtlinie, die besagt, dass zivile Güter bis zum Jahre 2025 30 Prozent und bis 2030 50 Prozent der Umsätze der russischen Rüstungshersteller ausmachen müssen". (SIPRI-Presseerklärung 6.12.2021). Konversion ist also möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

Deutschland: Expansion vorprogrammiert

Bei Deutschland listet SIPRI vier Rüstungsfirmen unter die Top 100: Rheinmetall (Panzer, Geschütze, Munition etc.; Platz 27), ThyssenKrupp (Marine Systems; Platz 55), Krauss-Maffei-Wegmann (Panzerbau; Platz 70), Hensoldt (Militärelektronik; Platz 78).

Insgesamt produzierten die vier Firmen 2020 Waffen im Wert von 8,9 Milliarden Dollar (7,8 Mrd. Euro) – etwas mehr als 2019. Besonders stark legte der Kanonen-Konzern **Rheinmetall** zu: + 5,2 %.

Die Angaben von SIPRI spiegeln unzulänglich den Stellenwert der Rüstungsproduktion in Deutschland. Der deutsche Staat ist erheblich am zweitgrößten (nach der britischen BAE-Systems) europäischen Rüstungskonzern **Airbus Defence & Space** beteiligt. SIPRI listet ihn aufgrund der Eigentümerstruktur als transeuropäischen Rüstungskonzern. Großaktionäre: 10,9 % deutscher Staat, 10,9 % französischer Staat, 4,1 % spanischer Staat; diverse US-Kapitalfonds: 7,05 %. Der deutsche und französische Staat haben also im Wesentlichen das Sagen.

Airbus rangiert auf Platz 11 der Top 100, mit einem Rüstungsumsatz von 12 Mrd. Dollar (2020). Mit einem Zuwachs von 5,7 % (2020) ist es nach BEA-Systems der größte Rüstungstreiber in Europa.

Die Airbus-Group wiederum ist an der **MBDA** beteiligt, die mit einem Rüstungsumsatz von 4,1 Mrd. Dollar auf Platz 30 rangiert. Den Geschäftszweck gibt die Firma mit "Verteidigungstechnische Wirksysteme" an: De facto ist es alles, was "bumm" macht und explodiert: Lenkflugkörper, Raketen, Bomben... Die Anteilseigner sind: Airbus Group 37,5 %, BAE Systems 37,5 %, Leonardo (Italien) 25 %.

Die deutschen Rüstungsumsätze werden mit Entwicklung und Bau des FCAS-Kampfflugzeug-Systems (etwa 500 Mrd. Euro) und des neuen Hauptkampf-Panzers MBT Leopard 3 (etwa 100 Mrd. Euro) – beides in Zusammenarbeit mit Frankreich – enorm expandieren.

"Superzyklus"

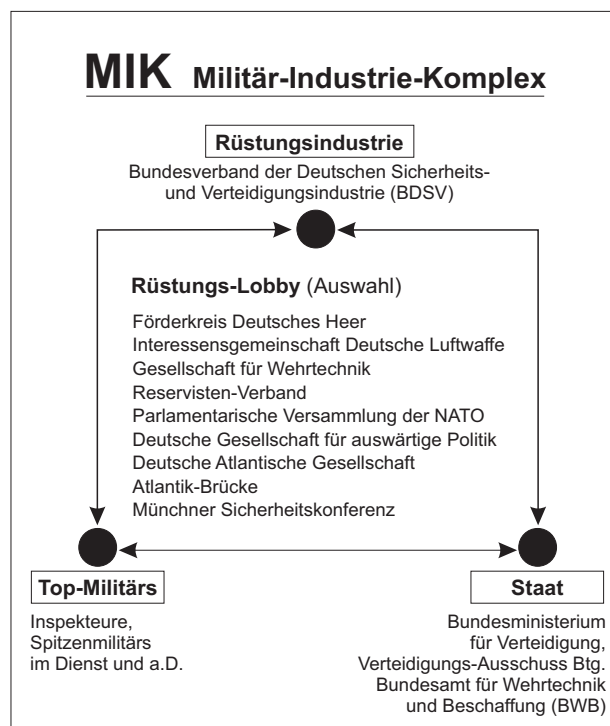
Vor ein paar Jahren gestand Armin Pappberger, der Boss des Panzer-, Kanonen- und Munitionsherstellers Rheinmetall: "Ich bin seit 30 Jahren im Geschäft, und ich kann mich nicht an eine solche Nachfrage erinnern". Im Jahr 2021 bei der Bilanzpräsentation: "Modernisierungsprogramme und eine extrem hohe Zahl an Neuausschreibungen geben uns die Sicherheit, dass der Super-Zyklus weitergeht".

Zu erwarten sind auch eine Reihe von Fusionen – Panzerbau, Luftrüstung, Marinerüstung – die deutsche und französische Konzerne als Systemführer in neue Größenordnungen katapultieren werden. Die Rüstungsfirmen kleinerer EU-Länder dürften in erster Linie zu Zulieferern degradiert werden. Mit der Ende 2017 von der EU beschlossenen "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" (PESCO), wird eine beschleunigte Zusammenfassung und Europäisierung der Rüstungsindustrie angestrebt.

Militär-Industrie-Komplex (MIK) in Deutschland

In seiner Abschiedsrede am 17. Januar 1962 wies US-Präsident General a.D. Dwight D. Eisenhower erstmals auf den MIK hin und warnte vor dessen zunehmender Macht: "Die Verbindung eines riesigen Militär-Establishments und einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro... Vor allem in den Gremien unserer Regierung müssen wir uns vor der bewussten oder unbewussten Übernahme unberechtigter Machtbefugnisse durch den Militär-Industrie-Komplex schützen".

Der MIK ist sicherlich am ausgeprägtesten in den USA, dem Land mit der gigantischsten Rüstungs- und Militär-Maschinerie. Er ist aber auch wirksam in Europa und Deutschland. Es ist eine unheilvolle, ja tödliche Macht-Allianz aus Rüstungsindustrie, Spitzen-Militärs und den für Militär und Rüstung zuständigen staatlichen Stellen. Verfilzt ist dieses Macht-Gebilde mit Lobbyisten- und Rüstungslobby-Verbänden und flankiert von Kalten Kriegern in Medien und Parteien und bellizistischen Institutionen.



Waffenexporte: "Ein wahres Gaunerstück"

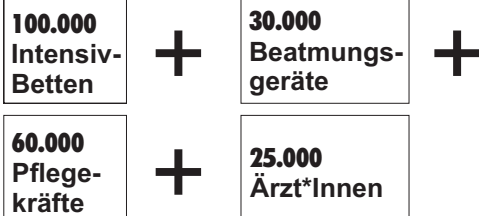
Wird eine Regierung abgewählt und eine neue gerade gebildet, ist es gängige Praxis, dass die geschäftsführende alte Regierung in der Übergangszeit keine grundsätzlichen Entscheidungen mehr trifft. Nicht so, wenn die abgehalfterte Regierung als "Große Koalition" firmiert und wenn es um die Interessen und Profite der Rüstungsindustrie geht. Die Abwicklungs-Groko hat wenige Tage vor Weihnachten und dem Ausscheiden von Merkel aus dem Kanzleramt über den Kabinettsausschuss Bundessicherheitsrat (BSR) Waffenexporte in einer Höhe von fast fünf Milliarden Euro abgesegnet. Vorrangig an Ägypten, das an der Seite Saudi-Arabiens im Jemen einen brutalen Krieg führt, die Menschenrechte mit Füßen tritt und im eigenen Land ein diktatorisches Regime errichtet hat.

"Rüstung tötet auch ohne Krieg"

Dorothea Sölle

7,47 Milliarden Euro
kosten die deutschen
Atombomber*

ODER



Quelle: IPPNW

* Die Summe von 7,47 Milliarden Euro beruhen auf den Zahlen der Schweizer Stiftung Lilienberg – Grundlage für die Daten ist die australische Beschaffung der F-18 Boeing Super Hornet.

Der Clou dabei. Olaf Scholz Vizekanzler und Finanzminister der Groko, winkte zusammen mit sechs weiteren Ministern und der Kanzlerin in dieser Eigenschaft den Waffendeal durch. In den gleichen Tagen schrieb er als designierter Kanzler federführend am Ampel-Koalitionsvertrag, der angeblich eine restriktive Rüstungsexportpolitik vorsieht. Schizophren?! Es trifft wohl eher zu, was Sevim Dagdelen, Obfrau der Linken im Auswärtigen Aus-

schuss und Rüstungsexpertin der Fraktion, die mit ihrer Anfrage den Skandal aufdeckte, ins Feld führt: "Olaf Scholz hat sich in der noch geschäftsführenden Regierung ein wahres Gaunerstück geleistet und eindrücklich demonstriert, wie folgenlos die Kritik der SPD an skrupellosen Waffenexporten gerade an Diktaturen und autoritäre Regime letztlich bleibt".

Auch von der Grünen Außenpolitikerin Annalena Baerbock war nur lauer Protest zu vernehmen. Und von ihrem Ko-Vorsitzenden Habeck kam nicht einmal das. Nicht verwunderlich. Er setzte sich bei seinem Besuch in der Ukraine für Waffenlieferungen an das autokratische, mit Faschisten und Oligarchen durchsetzte Land ein. Waffen in ein Kriegsgebiet! Nach einer Protestwelle rüstete er um auf "Defensivwaffen", musste sich aber von seinem Parteikollegen und Außenpolitiker Jürgen Trittin belehren lassen: Der Konflikt in der Ukraine sei nur "politisch zu lösen und nicht militärisch." Waffenlieferungen könnten die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens von Minsk untergraben. Im Übrigen könne jede Abwehrwaffe "auch offensiv genutzt werden". (zit. SZ, 22.5.2021)

Waffenexporte auf Rekordhöhe

Insgesamt stiegen die Rüstungsexporte 2021 auf eine neue Rekordhöhe: 9,35 Mrd. Euro; mehr als die Hälfte wurde in der oben beschriebenen Last-Minute-Aktion genehmigt: 4,1 Mrd. Euro. Die Waffenexporte erreichten 2021 damit einen neuen Top-Wert: 17 % höher als der bisherige Rekord: 2029 mit 8,015 Mrd. Euro. In der letzten Amtsperiode Merkel (2017 bis 2021) wurden Waffenexporte in Höhe von über 27 Mrd. Euro genehmigt. Deutschland steht an fünfter Stelle der globalen Waffenexporteure.

Neue Atombomber und A-Bomben für die "nukleare Teilhabe"

Ein Satz im Koalitionsvertrag ließ zunächst hoffen: "Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt (Global Zero) und damit einhergehend ein Deutschland frei von Atomwaffen". Doch unmittelbar darauf erfolgte ein Salto rückwärts. "Solange Kernwaffen im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben". Statt das Atomkriegskonzept der NATO in Frage zu stellen und abzulehnen, weil ein Atomkrieg das Ende der menschlichen Zivilisation bedeuten würde, stellt Deutschland modernste Trägersysteme samt Piloten für die 20 US-Atombomben, die in Deutschland (Fliegerhorst Büchel) gelagert sind, zur Verfügung.

"Atomare Teilhabe" bis in den Atomtod. Den Einsatz der Bomben bestimmen die USA, ins Ziel tragen sie Flugzeuge der Bundes-Luftwaffe. Trägersystem war bisher das Kampfflugzeug Tornado. Was die Große Koalition in vier Jahren nicht schaffte, ein Nachfolgesystem zu finden, will die Ampel im Hau-Ruck-Verfahren durchziehen: "Wir werden zu Beginn der 20. Legislaturperiode ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen". Es soll sich dabei um neueste und teuerste Kampffjets F/A-18 der Rüstungsfirma Boeing handeln, um 30 F/A-18F Super

Hornets, die als Atombomber geeignet sind und um 15 Begleitflugzeuge Growler, zur Bekämpfung der gegnerischen Luftabwehr. Kosten nach IPPNW (Intern. Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs): 7,7 bis 8,8 Mrd. Euro.

Aber auch die Atombomben, mit denen die Bomber bestückt sind, werden modernisiert. Die bisherigen B61-Freifallbomben werden von den USA durch einen neuen Bombentyp ersetzt, die B61-12. Das sind elektronisch gesteuerte atomare Lenkwaffen, mit lasergestützter Zielerfassung, variabler Sprengkraft und vergrößerter Reichweite.

Mit der "atomaren Teilhabe" der BRD verstoßen die USA und Deutschland gegen Inhalt und Geist des Atomwaffensperrvertrags:

■ Im Atomwaffensperrvertrag ist die Non-Proliferation, die Nicht-Verbreitung, von Atomwaffen vereinbart. Die USA sind die einzige der fünf Atommächte, die den Vertrag initiiert haben (USA, Sowjetunion, UK, China, Frankreich), die Atomwaffen außerhalb ihres Territoriums lagern und andere Länder teilhaben lassen. In Europa sind das neben Deutschland die Niederlande, Belgien, Italien und die Türkei.

■ Deutschland: Artikel II des Atomwaffensperrvertrags, besagt: "Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber, von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen".

Mitte Dezember verkündete Annalena Baerbock in Stockholm, dass sie neuen Schwung in die festgefahrenen internationalen Verhandlungen über eine nukleare Abrüstung bringen wolle. Ihr Ziel sei eine atomwaffenfreie Welt. Das Ergebnis der Gespräche der fünf von der UNO anerkannten Atomwaffenstaaten war eine nichtssagende Erklärung. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW kritisiert, dass der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), dem bereits 59 Staaten beigetreten sind, ignoriert wird und Baerbock an der nuklearen Teilhabe Deutschlands festhält. "Wie es scheint, sieht Annalena Baerbock keinen Widerspruch zwischen dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt und der geplanten nuklearen Aufrüstung", kommentiert Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin der IPPNW. Greenwashing der Bombe! Und: "Als ärztliche Friedensorganisation appellieren wir an die Bundesregierung, die Aufrüstung zu beenden und auf neue Atombomber zu verzichten. Stattdessen sollte sie die gesparten Millionen in den Klimaschutz investieren".

US-Atomraketen nach Wiesbaden!?

Kurz vor Jahresende (27.12.2021) meldete die FAZ: "Am 8. November dieses Jahres reaktivierte das Hauptquartier der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa und Afrika mit einer Zeremonie in der Lucius-D.-Clay-Kaserne (in Wiesbaden-Erbenheim F.S.) das 56th Artillery Command.

...Das Kommando führte zwischen 1986 und 1991 die nuklearen Mittelstrecken-Raketen des Typs Pershing II, um die seinerzeit in Westdeutschland erbittert gestritten wurde". Sollen nun erneut US-Atomraketen stationiert werden? Die US-Behörden geben keine Auskunft, auch ein Besuch des Artilleriekommandos wird verweigert. Im politischen Berlin äußert sich niemand. Lediglich der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels zeigte sich in einem Beitrag für das Medienportal "The Pioneer" überzeugt, dass das Kommando wieder der "nuklearen Abschreckung" diene. "Und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin kündigte bei seinem Antrittsbesuch in Berlin an, dass eine neue Militäreinheit nach Deutschland entsandt werde, um weit entfernte Ziele ins Visier nehmen zu können. Sie soll etwa 500 zusätzliche Soldaten umfassen".

Da macht es auch einen (Wahn-)Sinn, dass die USA im Jahr 2019 den INF-Vertrag (Vertrag über die Vernichtung von Mittelstreckenraketen) gekündigt haben; "eine unilaterale amerikanische Entscheidung", wie der französische Präsident Macron betont. Sollten die USA solche Systeme (Reichweite 500 bis 5000 km) erneut stationieren, würde sich die Gefahr, dass Deutschland zum atomaren Schlachtfeld wird, erhöhen.

Agnieszka Brugger, für die Grünen im Verteidigungsausschuss: "Die Entscheidung für die Reaktivierung des Artilleriekommandos hat einige für das Bündnis und die Sicherheitslage in Europa relevante Fragen nach den weiteren Plänen der USA aufgeworfen, die gemeinsam besprochen werden sollten". "Die Zeit des Schweigens könnte damit für die Amerikaner bald vorbei sein", schlussfolgert die FAZ.

Appell von 60 Nobelpreisträger*innen: Weniger für das Militär, mehr für die Menschheit!

Im Dezember 2021 unterzeichneten über sechzig Nobelpreisträger*innen und Präsidenten nationaler Wissenschaftsakademien einen Appell für eine Globale Friedensdividende.

Als Schlussfolgerung aus dem sich beschleunigenden weltweiten Rüstungswettlauf fordern sie, dass alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen eine gemeinsame Reduzierung ihrer jährlichen Militärausgaben um 2 % aushandeln sollen. Im Zeitraum von 2025 bis 2030 würde die durch den Vorschlag der Preisträger generierte "Friedensdividende" eine Billion Dollar übersteigen – ein Betrag, der mit den Gesamtinvestitionen in erneuerbare Energien weltweit vergleichbar ist und sechsmal höher ist als die Mittel, die für die Erforschung und Behandlung von Krebs, HIV, Tuberkulose und Malaria zusammen zur Verfügung stehen.

Die Hälfte des so eingesparten Geldes solle dann in einen globalen Fonds fließen, den die Vereinten Nationen verwalten. Mit dem Fonds können "gravierende Menschheitsprobleme", wie Armut, Pandemien oder die Folgen des Klimawandels bekämpft werden. Die andere Hälfte der Gelder können die Staaten selbst verwalten und für nichtmilitärische Zwecke nutzen.

Carlo Rovelli, Physiker und Initiator des Appells, sagte bei der Vorstellung der "Globalen Friedensdividende-Initi-

ative": "Ich habe die Sorge, dass die rasant steigenden Militärausgaben uns zu mehr Konflikten und Krieg führen werden". An der Sicherheit, der Abschreckung und der Balance zwischen den Staaten würde sich nichts verändern, wenn alle zugleich ihre Ausgaben reduzierten. Aber alle würden davon profitieren, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde zur Lösung sozialer Probleme und zur Bekämpfung der Erderhitzung. "Ich vermute, die Einzige, die über so einen Vorschlag nicht glücklich wäre, ist die Rüstungsindustrie", sagt Rovelli.



Herausgeber:
isw – Institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Autor: Fred Schmid
Redaktion: Willy Sabautzki
Layout und Grafiken: Monika Ziehaus
Illustrationen: Bernd Bücking, C. Schreer
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Monika Ziehaus c/o isw e.V.,
Johann-v.-Werth-Str. 3, 870639 München
www.isw-muenchen.de